

Ausschusses für
Frauenangelegenheiten
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de
Wiesbaden, 1. Februar 2006

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauenangelegenheiten
2. Den Fraktionen bzw. Fraktionsstatusinhabern
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauenangelegenheiten
am Dienstag, 07.02.2006, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.-

Tagesordnung

1. 05-A-17-0012

Sachstandsbericht Mammographie-Screening

1.1. 05-F-02-0003

ANLAGE

Mammographie-Screening

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 17.01.2005 -

- Es ist vorgesehen die Tagesordnungspunkte 1 und 1.1. gemeinsam mit dem Gesundheitsausschuss nicht-öffentlich zu beraten -

2. 05-A-14-0003

Modellprojekt "Frauengerechtes Wohnen"

3. 05-V-37-0006

DL 44/05-7

Bericht zum Frauenförderplan 2003 und 2004

4. 06-V-70-0002

DL 01/06-15

Erster und zweiter Bericht zum 2. Frauenförderplan 2000-2002 / 2003-2004 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

5. 05-F-03-0118

ANLAGE

Stillen im öffentlichen Raum
- Beschluss Nr. 0038 des Ausschusses für Frauenangelegenheiten vom 8.11.2005 -

6. 05-F-03-0084

ANLAGE

Öffentlichkeitsarbeit gegen "Häusliche Gewalt gegen Frauen"
- Beschluss Nr. 0024 des Ausschusses für Frauenangelegenheiten vom 12.7.2005 -

7. 05-F-03-0117

ANLAGE

Berücksichtigung von Frauenaspekten bei der kommunalen Umsetzung von Hartz IV
- Beschluss Nr. 0039 des Ausschusses für Frauenangelegenheiten vom 8.11.2005 -

8. 06-F-01-0001

Bericht der kommunalen Frauenbeauftragten
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.1.2006 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in der letzten regulären Sitzung des Ausschusses für Frauenangelegenheiten in dieser Wahlperiode am 07. Februar 2006 den Bericht der Kommunalen Frauenbeauftragten vorzulegen.

9. 06-F-26-0001

Rote Karte für Zwangsprostitution

- Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 1.2.2006 –

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Ausschuss teilt die Befürchtung, dass die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen im Zuge der Fußballweltmeisterschaft 2006 auch in Wiesbaden ansteigen könnte. In diesem Zusammenhang ist mit einer Zunahme des Menschenhandels und der Zwangsprostitution zu rechnen.
2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
 - ob es Besprechungen mit Expertengruppen, wie der Polizei oder dem Netzwerk „Stoppt Zwangsprostitution“ zum Thema Zunahme des Menschenhandels und der Zwangsprostitution in Wiesbaden im Zuge der Fußballweltmeisterschaft gegeben hat.
 - ob die Besprechungen, falls es welche gegeben hat, den Schluss nahe legen, dass die o.g. Befürchtungen eintreffen werden.
3. Der Magistrat wird gebeten,
 - die Kampagne zur Freiersensibilisierung und gegen Zwangsprostitution des Netzwerkes „Stoppt Zwangsprostitution“ anlässlich der Fußball WM 2006 mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der WM, z.B. auf Vereinsebene, zu unterstützen. Geeignet dafür wäre die vom Hessischen Landtag angeregte Kampagne „Männer sind gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution“;
 - geeignete Maßnahmen zu ergreifen, Zwangsprostitution in Wiesbaden besonders aber im Hinblick auf die Fußball-WM 2006 nachhaltig zu bekämpfen und zu verfolgen

10. 05-F-03-0126

ANLAGE

Stadtplanung aus Frauensicht - Rahmenplanung Güterbahnhof West
- Beschluss Nr. 0051 des Ausschusses für Frauenangelegenheiten vom 29.11.2005 -

11. 05-F-03-0127

ANLAGE

Stadtplanung aus Frauensicht
- Beschluss Nr. 0052 des Ausschusses für Frauenangelegenheiten vom 29.11.2005 -

12. Verschiedenes

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Frauenangelegenheiten am 07.02.2006

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Renate Wolf
Vorsitzende